

NS-Verstrickung der Ministerien wird erforscht

Geschichte Grün-Rot beruft eine Historikerkommission zur Rolle der Bürokratie. *Von Reiner Ruf*

Auch im nationalsozialistischen Führerstaat hat es auf den nachgeordneten Ebenen Handlungsspielräume gegeben; wie diese genutzt wurden oder auch nicht – das soll ein groß angelegtes, auf drei Jahre projektiertes Forschungsvorhaben am Beispiel der Ministerialverwaltungen in Württemberg und Baden ans Licht heben. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) hat das Projekt am Mittwoch vorgestellt. Eine Historikerkommission um die beiden Professoren Wolfram Pyta (Stuttgart) und Edgar Wolfrum (Heidelberg) wird die Geschichte der Landesministerien während der Zeit des Nationalsozialismus aufarbeiten. „Wir wollen uns ehrlich machen vor der Geschichte“, sagte Ministerin Bauer. Das Ziel sei, „besser zu verstehen, wie die Ministerialver-



Foto: dpa

„Wir wollen uns ehrlich machen vor der Geschichte.“

Theresia Bauer, Ministerin (Grüne)

Verwaltungsapparat existierte, sei überholt. Neben der „hässlichen Fratze“ der Schergen von SS und Gestapo gab es, so Wolfram Pyta, eben auch „die Diktatur, die auf Samtpfoten daherkam“ – in Gestalt einer Verwaltung, die so tat, als täte sie, was sie immer getan habe, nämlich wertneutral Gesetze zu vollziehen. Dabei hätten auch die Landesbehörden auf bestimmten Politikfeldern durchaus eine gestaltende Rolle eingenommen.

teilungen am Aufbau und Vollzug der nationalsozialistischen Politik beteiligt waren“.

Grund dazu gibt es. Als „vermeintlich politisch entmachtete Institutionen“, so heißt es in der Projektbeschreibung, hätten die gleichgeschalteten Landesverwaltungen bei den Zeithistorikern bisher wenig Beachtung gefunden. Zu Unrecht, denn die Vorstellung, dass neben dem NS-Verfolgungsapparat ein gewissermaßen „sauber“ gebliebener

Die Studie zielt nicht nur auf das Verwaltungshandeln im engeren Sinn. Es sollen ebenso die kulturellen Leitvorstellungen und ideologischen Prägungen der Bürokratie in den Blick genommen werden – inklusive der – in einem Bindestrichland wie Baden-Württemberg drängt sich das ohnehin auf – regionalen Spezifika. In Baden neigte man im Nachhinein zu der Behauptung, die liberale Prägung des Landes sei auch in der Diktatur nicht völlig verschwunden. Die Württemberger sagten, die demokratische Tradition habe im Verborgenen weiter gelebt. Ob diese Erzählungen einer Nachprüfung stand halten: daran gibt es schon jetzt ernste Zweifel. Nicht nur den politischen Spitzen, vor allem den in der Bürokratie tätigen „ganz normalen Männer und Frauen“ – eine Bezeichnung, die den Titel von Christopher Brownings Buch über die Mordkommandos im Osten aufnimmt – soll jetzt nachgespürt werden.



Foto: dpa

„Es gab auch die Diktatur auf Samtpfoten.“

Wolfram Pyta, Historiker

Die Forscher nehmen für sich in Anspruch, methodisch Neuland zu betreten. Der Heidelberger Zeithistoriker Edgar Wolfrum verfolgt schon seit geraumer Zeit das Konzept einer Public History, die außerakademische Formen der Geschichtspflege nutzbar macht. Dabei ist an Geschichtsvereine, Gedenkstätten oder auch Schulen gedacht, die digital in das Projekt eingebunden werden. „Die historisch interessierte Bürgergesellschaft“, so heißt es im Projektexposé, „soll nicht nur laufend über den Fortgang des Projekts informiert werden, sondern auch neue Kanäle der Kommunikation im Sinne einer Public History sollen erprobt und exemplarisch vorgeführt werden.“ Die Baden-Württemberg-Stiftung finanziert das Vorhaben mit 1,45 Millionen Euro.

Kontakt

Redaktion Landespolitik

Telefon: 07 11/72 05-11 81

E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 29